

# Linke Szene fühlt sich bespitzelt

Verdeckter Ermittler in Tübinger Gruppen? / Innenministerium verweist auf „Geheimhaltung“

Von Brigitte Ströbele

**TÜBINGEN. In die Tübinger linke Szene soll erneut ein verdeckter Ermittler eingeschleust worden sein. Dies behaupten Vertreter verschiedener Gruppen in einem Schreiben, das dem TAGBLATT vorliegt. Das Innenministerium wollte sich auf Nachfrage „zu operativen Dingen“ nicht, äußern. Eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Boris Palmer (Grüne) wurde am Dienstag mit dem Hinweis auf die angeblich „notwendige Geheimhaltung“ abgewiesen.**

Laut einem Papier, das in der linken Szene verbreitet wurde, soll sich ein verdeckter Ermittler in mehreren Gruppen engagiert haben, die sich mit Themen wie Globalisierung, Castor-Transporte und Neonazis beschäftigen. Im Herbst 2000 sei der Mann mit dem Namen „Georg B.“, kurz nachdem er nach Tübingen gezogen war, der Hochschulgruppe „Linke Studentinnenassoziation“ (Lista) und einer Antifa-Gruppe beigetreten und habe persönliche Kontakte zu den Mitgliedern gesucht. Als Vertreter dieser Gruppen habe er regelmäßig an Bündnistreffen teilgenommen und politische Veranstaltungen sowie Demonstrationen - etwa in Talheim gegen einen NPD-Parteitag - besucht. Insbesondere habe er sich dafür interessiert, mit Globalisierungsgegnern im Juli nach Genua zum G-8-Gipfel zu reisen.

Einige Monate nach „B.s.“ Auftauchen seien verschiedene Leute misstrauisch geworden. „Er war an anderen Orten, auch dann, wenn er vorgegeben hatte, zu seinen beiden Kindern zu fahren“, erinnert sich ein Tübinger Betroffener, der nicht genannt werden will. Einen handfesten Verdacht gab es zunächst wohl nicht, vielmehr „ein Unbehagen und ein seltsames Gefühl bei Begegnungen mit diesem Mann“. Deshalb hätten sich einige Leute zusammengesetzt und zunächst zusammengetragen, was „Georg B.“ über

sich erzählt habe. „Uns war klar, dass wir zuverlässige Informationen über seine Vergangenheit in Erfahrung bringen müssen, um herauszufinden!, wer er wirklich ist“, so der Mann. Die Recherche habe dann ergeben, dass vieles von dem, was „Georg B.“ erzählt hatte, nicht der Wahrheit entsprach: Weder unter seiner „Heimatadresse“ in Landau noch in dem Jugendhaus, in dem er angeblich seinen Zivildienst absolvierte, könne man sich an seinen Namen oder anhand ei-

nes Fotos an ihn erinnern. Und beim Bundesamt für Zivildienst sei kein Wehrdienstverweigerer unter dem Namen „Georg B.“ oder den angegebenen Geburtsdaten registriert.

Mit solchen Ungereimtheiten sei „Georg B.“ im Sommer konfrontiert worden. Bei diesem Treffen habe er bestürzt reagiert und zugesichert, die Vorwürfe zu entkräften. „Er gab zwar auf alle Fragen Antworten, doch darunter waren falsche Adressen, Telefonnummern von Menschen, die danach am Telefon sehr kurz angebunden waren und wie instruiert wirkten“, erzählt ein Tübinger, der bei dem Gespräch dabei war. Kurz nach diesem Treffen sei „Georg B.“ aus Tübingen verschwunden und seine Wohnung in Kirchentellinsfurt geräumt.

Anders als vor knapp zehn Jahren, als sich einer von zwei verdeckten Ermittlern des Landeskriminalamtes wegen einer Liebesgeschichte selbst offenbart hatte (siehe Kasten), weisen

jetzt nur Indizien auf die Existenz eines V-Mannes hin: „Wir wissen nicht hundertprozentig, ob Georg B. ein verdeckter Ermittler ist, und für wen und mit welchem Auftrag er arbeitet. Wir halten unseren Verdacht aber für ausreichend recherchiert und begründet, um damit an die Öffentlichkeit zu gehen“, so das Resümee.

In den nächsten Tagen wird der Tübinger Rechtsanwalt Martin Roll im Auftrag von etwa 30 Betroffenen beim Landesamt für Verfassungsschutz, bei der Polizei und beim Datenschutzbeauftragten ein so genanntes „Auskunftsersuchen“ einreichen. Roll hatte bereits bei der Spitzelgeschichte vor zehn Jahren Betroffene vertreten.

Der Landtagsabgeordnete Boris Palmer wurde ebenfalls in der Sache aktiv: „Wenn die Lista bespitzelt wurde, wäre das skandalös“, begründet er seine Landtags-Anfrage. Darin fragt er unter anderem konkret nach einem verdeckten Ermittler namens „Georg B.“. Am Dienstag antwortete Innenminister Thomas Schäuble: Aufgrund der „notwendigen Geheimhaltung derartiger operativer Einsätze“ könne sich das Ministerium nicht äußern. Aber: „Das Innenministerium setzt bei der Bekämpfung politisch motivierter Straftaten jeglicher Zielrichtung auf frühzeitiges, nachhaltiges und konsequentes Vorgehen. Das schließt erforderlichenfalls auch den Einsatz von verdeckten Ermittlern ein.“

Mit dieser Antwort will sich Palmer nicht zufrieden geben und beantragen, dass seine Fragen im Innenausschuss beantwortet werden. Aber auch dort muss der Innenminister keine Auskunft geben und kann auf den G-10-Ausschuss verweisen: In diesem Gremium, das auf Landes- und Bundesebene die Geheimdienste kontrollieren soll, unterliegen die Mitglieder höchster Geheimhaltungspflicht.

Tagblatt 28.02.2002

## Ein verliebter V-Mann

TÜBINGEN (str). Von Februar 1991 bis zum Sommer 1992 spionierten zwei verdeckte Ermittler des Landeskriminalamtes Tübingen und Reutlinger Gruppen aus: Die beiden Beamten waren Mitglieder im Palästina-Libanon-Komitee und im Nicaragua-Arbeitskreis der Evangelischen Studentengemeinde. Weil sich einer der beiden Männer in eine Frau aus der linken Szene verliebt hatte, flog die Sache auf: Er offenbarte sich seiner Freundin, weil er die „Schizophrenie seiner Existenz nicht mehr ertragen konnte“. Der V-Mann-Einsatz sorgte bundesweit für Schlagzeilen und

kostete den damaligen Innenminister Frieder Birzele fast seinen Job. Der SPD-Politiker hatte den Einsatz für „rechtmäßig und verhältnismäßig“ erklärt. Zu diesem Zeitpunkt war längst klar, dass die Geschichte aus dem Ruder gelaufen war: Die V-Männer hatten relativ beliebig Daten von 78 Personen gesammelt. Die baden-württembergische Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze hatte das Vorgehen als „rechtswidrig“ eingestuft. Doch erst nach jahrelangem Rechtsstreit konnte Martin Roll, der die Ausgespionierten juristisch vertreten hatte, einen Vergleich erkämpfen.